

GRÜNER PFEFFER

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Nr. 1 / Februar 2007

MIV in Basel	1, 2
Strafgerichtswahlen	3
Aus dem Grossen Rat	4, 5
Schulen im Umbruch	6
junge grüne nordwest	7, 8
Grüne Riehen	9
Soziale Einheitskasse	10
IV-Referendum	11
Varia / Infomarkt	12

P.P.

4001 Basel

Mutationen an:
Grüne Partei BS
Postfach 1442
4001 Basel

Motorisierter Individualverkehr in Basel: Sofortmassnahmen mit grosser Wirkung



**Michael Wüthrich, Grossrat und grüner Nationalratskandidat,
Co-Präsident VCS BL-BS**

Wenn ich nach meiner Vision bezüglich des motorisierten Individualverkehrs in Basel-Stadt für das Jahr 2020 gefragt werde, so geht meine Antwort in eine Richtung, die für viele einer Utopie gleicht. Als Grossrat und Mitglied der UVEK (Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission) möchte ich jedoch schon heute Massnahmen umsetzen, die in den heutigen politischen und administrativen Strukturen leicht realisierbar sind und trotzdem in Richtung meiner Vision gehen. Bereits heute haben weniger als die

Hälfte aller Basler Haushalte ein Auto und mehr als 80% der Baslerinnen und Basler gehen zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV zur Arbeit und Schule. Damit verhält sich die überwältigende Mehrheit der Stadtbevöl-

weiter auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

kerung im Sinne der Nachhaltigkeit und trotzdem empfinden sehr viele Stadtbewohnerinnen und –bewohner den Verkehr als grosses Problem. Dieser Verkehr wird grösstenteils durch die immense Zahl von Arbeitspendlern verursacht, denen ein Umsteigen auf den ÖV nicht attraktiv genug erscheint. Eine einfache Massnahme zur Verhinderung des Pendlerverkehrs in den Quartieren wäre nun, einfach keine Gratis-Parkplätze mehr zur Verfügung zu stellen. Dazu müssten alle Parkplätze auf Kantonsgebiet bewirtschaftet werden (d.h.: kostenpflichtig sein). Die Anwohnerinnen und Anwohner könnten mit der Anwohnerparkkarte weiterhin parken. Alle anderen müssten dafür bezahlen (beispielsweise durch Lösen einer Stunden- oder Tagesparkkarte an den neuen Billetautomaten S-POS der BVB). Die Tarife müssen hoch sein und sollen genügend Anreiz zum Umstieg auf den ÖV bieten. Die zusätzlichen Einnahmen könnten in den ÖV (Verbilligung des U-Abo für Familien, die kein Auto haben) oder zur Finanzierung von Park & Ride Anlagen (auch ausserkantonale) genutzt werden.

Am runden Tisch „Parkraumbewirtschaftung“ wurden solche Ansätze intensiv diskutiert und verhandelt. Die Problematik der Grenzziehung der Anwohnerparkkarte könnte technisch mit den heutigen Mitteln einfach gelöst werden. Dies wurde leider verworfen. Der Vorschlag der

Behörden, eine angrenzende, eine beliebige weitere Zone oder gar eine Stadtparkkarte (auch für Auswärtige) zu erwerben, widerspricht massiv der Zielsetzung, den Verkehr zu reduzieren. Die Automobilverbände wollten gar den Kanton in nur 3 Zonen einteilen. Mit solchen Massnahmen wird das motorisierte Pendeln innerhalb Basel-Stadt attraktiver gemacht und wäre damit nicht Sinn und Geist der Nachhaltigkeit. Die Lösung kann also nur darin liegen, alle Parkplätze wirklich kostenpflichtig zu machen und den Anwohnerinnen und Anwohnern eine Anwohnerparkkarte in den heutigen Grenzen zu ermöglichen.

Dank dem reduzierten Verkehrsaufkommen könnten die Begegnungszonen wirklich als solche genutzt werden und die Quartierstrassen wären vom Parkplatzsuchverkehr befreit – eine wirkliche Wohnumfeldaufwertung zu beinahe keinem Preis. Alles was es brauchte ist ein wenig Mut im Bau- und Sicherheitsdepartement. Als nächstes könnte dann Basels Zentrum in eine wirkliche Fussgängerzone umgewandelt werden. Mit der kürzlich dem Grossen Rat übergebenen Petition zu vier autofreien Tagen bekommen dann vielleicht breitere Kreise einen Vorgeschmack auf meine Visionen und werden genügend „gluschtig“ gemacht auf „noch mehr!“

Michael Wüthrich
Grossrat Grüne,
Co-Präsident VCS beider Basel

WERBUNG



Trockenfrüchte
 (Kirschen, Äpfel
 Zwetschgen)

sowie Lammfelle, Lammfleisch,
 Schafräuchwürste

Isleten Hof
 4450 Jägersch.

061 471 47 44 WWW.ISLETENHOF.CH

bequem per Post oder im Ökoladen,
 Theaterpassage, Basel (Trockenfrüchte)

Impressum Nr. 1 / Februar 2007

Herausgeberin: Grüne Partei Basel-Stadt, Postfach 1442, 4001 Basel
 061/383 98 33, bs@gruene.ch
<http://www.gruene.ch/bs>
 PC 40-19338-4

Auflage: ca. 1000 Stk, erscheint 4 mal jährlich
 Abo: Fr. 25.- (für Mitglieder im Jahresbeitrag inbegriffen)
 Redaktion: Eveline Rommerskirchen, Christine Beckert, Harald Friedl
 Druck: Rumzeis, Basel

Strafgerichtswahlen vom 11. März 2007

Die Grüne Kandidatin Rita Altermatt Hädener ist 1961 im Kanton Solothurn geboren und dort auch aufgewachsen. Seit 1982 ist sie wohnhaft im Kanton Basel-Stadt, seit 15 Jahren in Riehen. In Riehen nahm Rita während 7 Jahren für die Grünen Einsitz im Einwohnerrat (Austritt aus Einwohnerrat 2006); heute ist sie immer noch politisch aktiv im Vorstand der Grünen Riehen.

In einer ersten beruflichen Phase arbeitete Rita ein paar Jahre als diplomierte Sekretärin in einer grossen Anwaltskanzlei. Dann absolvierte sie, als Zweitausbildung, ein Studium der Jurisprudenz an der Uni Basel.

Seither war sie mehrere Jahre als Juristin in verschiedenen Funktionen im Kanton Basel-Landschaft tätig. Seit dem Jahre 2000 wirkt sie als stellvertretende Untersuchungsrichterin

im Kanton Basel-Landschaft (Verfahrensleiterin in grösseren Strafuntersuchungen vor allem in den Bereichen Betäubungsmitteldelikte, Geldwäsche, Gewaltdelikte, Vermögensdelikte; Erheben von Anklagen und Vertreten der angeklagten Fälle vor Gericht). Als Untersuchungsrichterin ist sie mit den Arbeiten in der Strafverfolgung und der Tätigkeit eines Strafgerichts sehr vertraut. Ihre Erfahrung im Umgang mit Angeschuldigten verschiedenster Nationalitäten, deren Angehörigen, mit Opfern, Anwälten, der Polizei und den Gerichten. Diese Erfahrungen prädestinieren Rita bestens für das Strafgerichtspräsidium.

Zu ihren besonderen Interessen zählen: Musik (u.a. aktiv als Sängerin bei Cantate Basel), Natur, Literatur, sowie fremde Kulturen.

Wählt die Grüne Rita Altermatt ins Strafgerichtspräsidium (50%)

Rita Altermatt ist fachlich spezialisiert auf Strafrecht und Strafverfolgung

Rita Altermatt hat eine breite und allgemeine Lebenserfahrung

Rita Altermatt besitzt die Fähigkeit unabhängig zu denken und zu entscheiden

Wir empfehlen Ihnen gleichzeitig Eva Christ und Christian Hoenen von der SP, die für die weiteren 150 Stellenprozente im Präsidium des Strafgerichts kandidieren.

**Wir Grünen sind immer noch massiv untervertreten an den Basler Gerichten.
Am besten die Liste unverändert einwerfen !**



Aus dem Grossen Rat

Hafenvertrag



Elisabeth Ackermann-Baumann
Grossrätin Grüne

An der Grossratsitzung vom 17. Januar 2007 wurde über den Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel abgestimmt. Das Grüne Bündnis beantragte Rückweisung an die Regierung, ist aber damit nicht durchgekommen. Schliesslich wurde der Hafenvertrag deutlich, gegen die Stimmen des Bündnisses, angenommen. Im folgenden Text wird kurz erläutert weshalb die Fraktion des Grünen Bündnis gegen den Staatsvertrag in der bestehenden Form eingetreten ist.

Um die volkswirtschaftlich wichtige Schifffahrt zu fördern, die weniger Energie braucht als Bahn und vor allem der Transport auf der Strasse, ist dieser Vertrag nicht notwendig.

Der Vertrag will das gesamte heutige Hafensreal in Basel-Stadt und Baselland unentgeltlich als dauerndes Baurecht der neu gegründeten Gesellschaft „Schweizer Rheinhäfen“ zum ausschliesslichen Zweck der Förderung der Grossschifffahrt und zum Betrieb von Hafenanlagen überlassen. In Basel-Stadt sind dies 2,2 Kilometer Rheinufer in bester Wohnlage (entspricht der Uferlänge in Kleinbasel vom Schaffhauser Rheinweg bis zur Dreirosenbrücke) und 64 ha Land (zum Vergleich Erlentamm: 18 ha). In Birsfelden entspricht das Hafensreal fast einem Fünftel des Gemeindebodens.

An beiden Standorten gibt es Gebiete, die brach liegen oder von hafenfremden Betrieben genutzt werden. Die für die Stadtentwicklung respektive die kommunale Siedlungsentwicklung strategische Frage von Areal-Umnut-

zungen ist im Vertrag kein Thema. Vor der Unterzeichnung des Rheinhafen-Vertrags müsste das mittel- bis langfristige Entwicklungspotenzial des Hafensreals untersucht und beispielsweise die Möglichkeiten zu Wohnungsbau an attraktivster Lage abgeklärt werden. Im Zweckartikel hätte die Umnutzungen bestimmter Arealteilen ins Auge gefasst werden müssen. Im vorliegenden Vertrag wird das ganze attraktive Gebiet auf lange Sicht als Logistikzentrum festgelegt.

Da das Areal inkl. Infrastruktur der neuen Gesellschaft unentgeltlich überlassen wird, gibt es für diese keine materiellen Anreize, haushälterisch mit den Arealen und ihrer Ausnutzung umzugehen. Ihr Interesse Land abzutreten wird sehr gering sein. Durch den Vertrag werden aber die zukünftigen Möglichkeiten des Kantons auf die Arealnutzung Einfluss zu nehmen, eingeschränkt. Durch die Befreiung von allen kantonalen und kommunalen Steuern ist die neue Gesellschaft ausserdem privilegiert, während die Gewinnablieferungspflicht für die Kantone das Risiko von Jahresverlusten mit einschliesst.

Für die Perspektive der Förderung der Schifffahrt und der Hafensentwicklung am Oberrhein (unter Einschluss aller benachbarter Rheinhäfen in BL, Frankreich und Deutschland) ist dieser Vertrag nicht notwendig, sondern er wird die Entwicklung der Hafensreale in Zukunft eher behindern.

Elisabeth Ackermann-Baumann
Grossrätin Grüne

W E R B U N G



Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 90 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeiermaler.ch

Lachenmeier-Maler

Renovieren mit Weitsicht!

Neues Stadt-Casino Basel

Eigensinnig, feminin – städtebaulich überzeugend



Jürg Stöcklin
Grossrat Grüne Basel-Stadt
Fraktionschef Grünes Bündnis

Innerhalb der Grossratsfraktion des Grünen Bündnis gab es unterschiedliche Meinungen zum Casinoprojekt. Der Vorstand der Grünen hat sich mit 17 gegen 2 Stimmen für das neue Stadtcasino ausgesprochen. Jürg Stöcklin setzte sich in der Grossratsdebatte für das Projekt ein. Im Folgenden seine Argumente in der Grossratsdebatte.

Dass der Musiksaal des Casinos dringend renoviert werden muss, ist unbestritten. Eine Alternative an anderem Ort steht nicht zur Diskussion. Der heutige Zustand des Casino-Gebäudes kann modernen Anforderungen an ein Musik- und Kulturzentrum längst nicht mehr genügen. Basel-Stadt gibt zwar jedes Jahr sehr viel Geld für Kultur aus, jährlich immerhin rund 100 Millionen, tut sich aber schwer damit, für diese Kultur auch die entsprechenden Gebäude und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das Casino-Projekt ist eine Chance, dass im Zentrum unserer Stadt ein repräsentativer Ort für Konzerte, Kulturveranstaltungen und andere Anlässe entsteht.

Das neue Casino werde nur einer exklusiven Minderheit zu Gute kommen, ist eines der vielen Argumente, welches von den Gegnern vorgebracht wird. Allein schon ein Blick auf die Palette der heute im Casino stattfindenden Veranstaltungen straft das Argument Lügen. Mit dem Neubau werden die Nutzungsmöglichkeiten erweitert, der Balkon zum Barfüsserplatz schafft bisher nicht vorhandene Möglichkeiten für Open-Air Veranstaltungen: Woodstock auf dem Barfüsserplatz, mit dem Neubau von Zaha Hadid eine realisierbare Perspektive.

Damit komme ich zur Architektur. Darüber lässt sich bekanntlich trefflich streiten. Gute Architektur hat immer schon Kontroversen ausgelöst und das ist auch gut so. Dass solche Kontroversen gute Architektur verhindern können ist ein Risiko unseres demokratischen Systems. Die vorgebrachten Argumente werden deshalb nicht besser, nur polemischer. Die Calatrava-Brücke z.B. wurde mit dem Argument verhindert, sie werde nicht halten. Calatravas Brücken zieren heute berühmtere Städte als Basel. Mich hat das Casino-Projekt von Zaha

Hadid überzeugt und ich weiss es auch nicht besser als das vielköpfig und vielfältig zusammengesetzte Gremium, das für die Machbarkeitsstudie und den internationalen Wettbewerb, verantwortlich war. Das Gebäude ist modern, eigensinnig, sicher nicht bünzlig, und es wird Basel städtebaulich bereichern. Kontroversen darum werden auch in Zukunft nicht ausbleiben, aber man wird uns darum beneiden, sofern wir es denn schaffen, diesen Neubau zu realisieren.

Die Grösse des Gebäudes schreckt mich nicht, im Gegenteil. Der Casino-Neubau wird dem Charakter des Barfüsserplatzes besser gerecht, als die wüste Fassade des aktuellen Casinos. Plätze leben bekanntlich von den sie umgebenden Gebäuden. Die Leere wirkt von ihren Rändern her. Interessant sind die Schattenfechtereien der Gegner. Wenn die Sonne tief steht, gibt es auf dem Barfi auch heute viel Schatten. Wenn die Sonne steiler einfällt, wird der Barfi auch in Zukunft ein besonderer und grosszügiger Aufenthaltsort bleiben. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als mit den Gebäuden in der Stadt zu leben, dass diese Schatten werfen, liegt daran, dass die Sonne scheint.

Schliesslich noch ein Wort zu den Finanzen. Für mich ist es nicht nur richtig, sondern auch notwendig, dass sich der Kanton an der Finanzierung eines für die Stadt derart wichtigen Projekts engagiert. Ohne staatliche Kostenbeteiligung wäre dieses Projekt nicht realisierbar. Die hier ansässigen Global Players investieren Milliarden in ihre Infrastruktur. Gute Architektur ist dabei meist ein Markenzeichen. Die Stadt Basel ist es sich schuldig, dass ihre öffentlichen Anlagen, ihre öffentlichen Gebäude und Plätze erneuert, städtebaulich attraktiv gestaltet und dadurch die Lebensqualität verbessert wird. Das gilt für Basel Nord, für das St. Johann oder das Gundeli, aber es gilt auch fürs Zentrum. Die 40 Millionen für das neue Stadt-Casino sind vertretbar, weil die Stadt dafür ein modernes Kulturzentrum, ein neues Wahrzeichen und damit auch ein etwas moderneres Gesicht erhält.

Jürg Stöcklin, Grossrat Grüne

Basler Schulen im Umbruch



Anita Lachenmeier
Präsidentin und grüne Nationalkandidatin

Bildung ist die mit Abstand wichtigste Ressource, die Zukunft hängt von der guten Schulbildung ab, soweit ist man sich über alle Parteigrenzen hinweg einig. Schule ist immer im Wandel, sie muss sich der Gesellschaft anpassen, um unsere Kinder zu selbständigen und sozial kompetenten Menschen zu erziehen.

Wie die Schule aussehen muss, welche Schwerpunkte sie setzen soll und wie das Ziel der Chancengleichheit erreicht werden kann, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Über hundert Projekte werden zur Zeit bei den Basler Schulen diskutiert und bearbeitet. Von der Tagesbetreuung, Eingangsstufe, Qualitätssicherung, Frühfranzösisch, Förderzentren, Schulhausleitungen, Bewegte Schule bis hin zur inhaltlichen und strukturellen Anpassung an die anderen Kantone. Wer hat hier den Überblick, welche Ziele werden womit erreicht, wer setzt Prioritäten, wie sollen die Basler Schulen in 10 Jahren aussehen? Hier ein paar persönliche Gedanken zu den grösseren Projekten:

Verlängerung der Primarschule

Die Harmonisierung der Schulen in der Schweiz ist wichtig. Doch in erster Linie sollen die Inhalte und erst in zweiter Linie die Strukturen angepasst werden. Die Nordwestschweiz muss dabei am selben Strick ziehen. Es macht wenig Sinn, wenn Baselstadt vortprescht und das Schulsystem mit viel Energie umkrempelt, ohne dass die Kompatibilität mit dem Nachbarkanton Baselland gewährleistet ist.

Eine umfassende Planung, welche sowohl Inhalt wie Struktur beinhaltet, ist für eine reibungslose Umgestaltung des Schulsystem unabdingbar. Nach der aufwendigen Schulreform vor rund 10 Jahren, darf eine erneute Umstrukturierung nicht unter Zeitdruck geschehen. Zudem dürfen nicht Dinge darin verpackt werden, welche noch nicht diskutiert, doch für wichtig empfunden wurden. Die Aufhebung der Kleinklassen ist unakzeptabel.

Eingangsstufe

Die Basler Kindergärten und Primarschulen sind gute Schulen und werden von Kindern, Eltern und der Gesellschaft geschätzt. Bei der Eingangsstufe werden Kindergarten- und die erste Primarstufe zusammengeführt. Manche Kinder können früher, manche später in die zweite Klasse übertreten. Lehrkräfte befürchten zu recht eine Verschulung der Kindergartenstufe und einen unnötigen Druck auf die Kinder. Schon heute können schulreife Kinder bereits nach einem Jahr Kindergarten vorzeitig eingeschult werden. Die Eingangs- oder Basisstufe würde dazu führen, dass in der Regel Kinder aus bildungsfernen und fremdsprachigen Familien später in die zweite Klasse übertreten als Kinder aus bildungsnahen Familien. Die Chancengleichheit wird dadurch verringert.

Um diese zu fördern, wären niederschwellige Angebote ab dem dritten Lebensjahr nötig. In gemischt zusammengesetzten Spielgruppen könnte frühzeitig soziale Integration stattfinden und die deutsche Sprache geübt werden. Die Ressourcen sollten darum besser dort angesetzt werden.

Frühfranzösisch

In jungen Jahren wird jede Fähigkeit leicht eingeübt. Bereits in der dritten Klasse mit Französisch in Kontakt zu kommen, kann darum Sinn machen. Der Fremdsprachenunterricht darf jedoch nicht auf Kosten von anderen Fächern, insbesondere der musischen gehen, welche für die Entwicklung der Kinder von grosser Bedeutung sind. Bei den fremdsprachigen Kindern ist zudem die Förderung der Heimatsprache wichtig.

Tagesbetreuung

Eine flächendeckende Tagesbetreuung, welche vorzugsweise in der Schule stattfindet, fördert die Chancengleichheit. Diese muss niederschwellig, das heisst gratis oder zumindest kostengünstig sein. So kann verhindert werden, dass bereits Primarschulkinder alleine zu Hause vor dem Fernseher zu Mittag essen und nach der Schule unbeaufsichtigt und ohne sozialen Kontakte stundenlang auf die Eltern warten. Die Evaluation der Versuche in 4 Schulhäusern muss aufzeigen, ob diese Kinder von der Tagesbetreuung profitieren und ob die erwünschte soziale Durchmischung stattfindet.

Übernahme der Primarschulen durch die Landgemeinden

Dieses Thema wird demnächst den Grossen Rat beschäftigen. Hier geht es nicht um einen pädagogisch begründeten Antrag, sondern darum, dass Riehen und Bettingen Aufgaben übernehmen wollen, anstatt mehr Gelder an den Kanton zu bezahlen. Diese Übernahme bringt niemandem etwas, sondern verschleudert vor allem Ressourcen bei den Schnittstellen. Dies hätte zur Folge, dass bei jedem neuen Projekt (z. B. Verlängerung der Primarschule) gibt es neue Diskussionen.

Ja, die Schulen sind in Bewegung. Sieht man die vielen kleineren und grösseren Projekte, ist die Befürchtung, dass kein Stein auf dem anderen bleibt, faktisch und symbolisch. Neben pädagogischen Umgestaltungen, sind auch die räumlichen Probleme nicht einfach zu lösen. Nicht nur Steine, ganze Schulräume müssen versetzt werden.

Investitionen in die Bildung lohnen sich in vielerlei Hinsicht. Trotzdem sollten die Ressourcen gezielt eingesetzt werden, damit Schülerinnen und Schüler profitieren und Lehrkräfte im Dschungel der Projekte noch ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, nachgehen können. Und vergessen wir nicht, dass wir schon heute ein gutes Bildungssystem haben, also nicht alles neu erfunden werden.

Anita Lachenmeier-Thüring
Präsidentin Grüne Basel-Stadt

Für menschenfreundlichere Fahrzeuge

Die Offroad- Initiative steht neu unter dem Namen „Initiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge“ und kurz vor der Lancierung.



Unsere Aktionen gegen Offroad-er als Lifestyle- Fahrzeuge haben klein begonnen. Vor etwa anderthalb Jahren haben wir Junge Grüne damit begonnen Kleber auf die Strassenpanzer anzubringen und haben deshalb **grosse mediale Aufmerksamkeit** erhalten. In verschiedenen Kantonen wurden Petitionen eingereicht, welche ein Verbot dieser gefährlichen Fahrzeuge verlangen. Doch nur die Petitionskommission und das Kantonsparlament Baselland konnten wir davon überzeugen, dass ein wirklicher Handlungsbedarf besteht und dass die gefährlichen Frontschutzbügel (auch Kuh- oder Kinderfänger genannt) endlich total verboten werden müssen. Das Parlament BL hat auf unser Anliegen immerhin mit einem offiziellen Brief an den Bund reagiert, indem es ein Verbot dieser Frontschutzbügel verlangt.

Als es offensichtlich wurde, dass wir auf kantonaler Ebene nicht viel mehr erreichen können, entschlossen wir uns, nach genauen Machbarkeitsabklärungen und viele Gesprächen mit Sachverständigen, eine eidgenössische Volksinitiative zu lancieren.

Das erste Grossprojekt der Jungen Grünen war geboren. **Die Jungen Grünen sind nun schweizweit mit grosstem Enthusiasmus daran, die letzten Vorbereitungen für die Initiative zu treffen**, damit das nötige Material am Lancierungstermin ende Februar bereit steht.

Damit sich möglichst viele Vereine und Gruppierungen an der Initiative beteiligen, haben wir den **Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge** gegründet.

Das Ziel des Vereines ist die Lancierung der Volksinitiative „Für menschenfreundlichere Fahrzeuge“, welche der aktuellen Entwicklung zu immer grösseren und schwereren Personenwagen auf unseren Strassen Einhalt bieten soll. Viele dieser Fahrzeuge beeinträchtigen die Sicherheit von anderen Verkehrsteilnehmern wie Velofahrern und Kindern stark. Durch ihren unverhältnismässig hohen Treibstoffverbrauch werden wichtige Energieressourcen vernichtet, welche uns und unseren Kindern bald schon empfindlich fehlen werden. Diese Entwicklung trägt auch massgeblich zur Klimaerwärmung bei, welche uns Menschen und unsere Umwelt vor grosse Probleme stellen wird.

Die Volksinitiative „Für menschenfreundlichere Fahrzeuge“ fordert vom Bund Vorschriften, welche die negativen Auswirkungen von Motorfahrzeugen reduzieren, insbesondere die Unfallfolgen und die Umweltbelastung durch Personenwagen:

1. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 82a (neu) Umweltschutz und Sicherheit bei Motorfahrzeugen

1. Der Bund erlässt Vorschriften zur Reduktion der negativen Auswirkungen von Motorfahrzeugen, insbesondere der Unfallfolgen und der Umweltbelastung durch Personenwagen.

2. Motorfahrzeuge mit übermässigem Ausstoss schädlicher Emissionen, insbesondere von CO₂ oder Feinstaub, sind nicht zugelassen. Der Bund erlässt Emissionsgrenzwerte für Motorfahrzeuge der unterschiedlichen Fahrzeugkategorien.

3. Motorfahrzeuge, welche Velofahrende, Zufussgehende oder andere Verkehrsteilnehmende übermässig gefährden, sind nicht zugelassen. Der Bund erlässt Vorschriften für die unterschiedlichen Fahrzeugkategorien.

4. Der Bund passt Vorschriften und Grenzwerte regelmässig dem technischen Fortschritt und neuen Erkenntnissen an.

5. Motorfahrzeuge, welche vor dem Inkrafttreten dieses Artikels oder im Ausland zugelassen wurden, verlieren ihre Zulassung nicht. Für Personenwagen bestimmt der Bund eine tiefere Höchstgeschwindigkeit.

6. Der Bund regelt Ausnahmen für die Zulassung und Verwendung von Fahrzeugen, die für bestimmte Einsatzzwecke unabdingbar sind.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 82a (Umweltschutz und Sicherheit bei Motorfahrzeugen)

- I. Ausführungserlasse zu Artikel 82a gehen für Personenwagen von folgenden Mindestwerten aus: a. Zu Abs. 2: Grenzwerte (Normverbrauch): 250 g CO₂/km, 2.5 mg Partikel/km. b. Zu Abs. 3: Maximales Leergewicht: 2.2 Tonnen; Frontpartie mit übermässigem Verletzungsrisiko. c. Zu Abs. 5: Höchstgeschwindigkeit 100 km/h.
2. Treten die Ausführungsgesetze von Artikel 82a nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme durch Volk und Stände in Kraft, erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.



Simon Trinkler,
Präsident Junge Grüne Nordwest
simon.trinkler@bluewin.ch

Wir laden Sie herzlich dazu ein, sich für eine menschenfreundlichere Zukunft einzusetzen und die Jungen Grünen Nordwest mit einem Spendenbeitrag bei ihrer Arbeit für die Umsetzung der Volksinitiative zu unterstützen. Hierzu liegt diesem Grünen Pfeffer ein Einzahlungsschein bei. Machen Sie regen Gebrauch davon.

Mit Ihrer finanziellen Unterstützung ermöglichen Sie die Arbeit, der Jungen Grünen Nordwest für die Initiative. Mit ihrem Beitrag werden unter anderem Initiativbogen und Begleitmaterial gedruckt, sowie weiteres Material für die Unterschriftensammlung in der Region bereitgestellt.

Für Fragen und weitere Informationen stehen ich Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen herzlich, dass Sie sich mit uns für eine menschenfreundlichere Mobilität einsetzen!

Grüne Riehen



Maja Kopp
Vorstand Grüne
Einwohnerin Riehen

Aus dem Einwohnerrat

Bei der Erneuerung der Leistungsaufträge Ende 2006 wurden einige Themen im Rat heftig diskutiert. Der Ausgang dieser Debatten zeigt einmal mehr auf, wie die Mehrheitsverhältnisse liegen: Grüne/SP/EVP werden von den Bürgerlichen (LDP/FDP/CVP/SVP/DSP) knapp überstimmt. Leider kommt es in letzter Zeit häufig zu dieser Blockbildung. So wurde der Betrag zur Umsetzung des Präventionskonzepts (das einst von den Bürgerlichen gefordert wurde) aus dem Leistungsauftrag gekippt. Dies, obwohl alle bürgerlichen Parteien betonen, die Gesundheitsförderung liege ihnen besonders am Herzen – nur sei die Prävention nicht Aufgabe der Gemeinde, sondern müsse von „Anderen“ gemacht werden.

In einer Interpellation thematisierte Marianne Hazenkamp den unbefriedigenden Fahrplan der neuen S-Bahn am Wochenende. Die Züge verkehren am Sonntag nur einmal pro Stunde und zwar so, dass man von und zu den Zügen in die Schweiz jeweils über 30 Minuten Wartezeit hat. Nachdem nun endlich die Anbindung der S-Bahn an den Bahnhof Basel SBB erreicht wurde, kann mit diesem Fahrplan der Linie kaum zum Durchbruch verholfen werden. Der Gemeinderat sieht dies zwar auch so, den Interessen Riehens stehen allerdings auf deutscher Seite Sparvorhaben gegenüber (sprich: angeordnete Fahrplanausdünnung noch in diesem Jahr!).

Im neuen Jahr werden für uns Grüne einige bedeutende Geschäfte in den Rat kommen, z.B. die geplante Überbauung „Bosenhalde“ mit neun Blöcken (ca. 57 Wohnungen). Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, alle 30 eingegangenen Einsprachen abzuweisen und am Bebauungsplan festzuhalten. Neben Anwohnern hat auch Pro Natura Basel gegen das Projekt Einsprache erhoben.

Das Stettenfeld im Visier

Um Dimensionen grösser ist die angelaufene Planung zur Überbauung des Stettenfelds. Am 16. Januar wurde öffentlich informiert. Es

handelt sich um eine rund 19,4 ha grosse Fläche (entspricht etwa der Erlenmatt), die zum grössten Teil in der Bauzone liegt, jedoch nicht erschlossen (d.h. nicht baureif) ist. Das Land gehört zu ca. 60% Privaten, sowie je 20% der Gemeinde Riehen und dem Kanton Basel-Stadt. Die Parzellen müssen total umgelegt werden, da sie in der momentanen Aufteilung kaum bebaubar sind. Zur Zeit wird das Areal auf verschiedenste Weise genutzt: Es gibt Gewerbe, Baulager, Familiengärten, Sportanlagen und Landwirtschaft. Das Stettenfeld liegt am nördlichen Rand von Riehen, an der Grenze zu Lössach-Stetten. Durch seine attraktive Lage (stadtnah, durch ÖV erschlossen) ist es das bedeutendste Entwicklungsgebiet in Riehen. Druck, das Gebiet möglichst schnell zu erschliessen kommt natürlich auch vom Kanton, könnte man doch hier einen guten Teil der 5000 gewünschten neuen Wohnungen realisieren. Was sieht also der Entwicklungsrichtplan, so wie er präsentiert wurde, vor? Ein Teil soll in relativ dichter Bauweise für familienfreundliche Wohnungen genutzt werden, am Hang würden Ein- oder Zweifamilienhäuser für gehobene Ansprüche erstellt. Ein dritter Teil stünde für eine gemischte Wohn- und Gewerbenutzung zur Verfügung. Die restliche Fläche würde für Grünflächen reserviert – allerdings müssten in dieser Zone auch Freizeit- und Sportanlagen zu liegen kommen, was deren Wert aus naturschützerischer Sicht reduziert. Mit dieser Planung böte das Stettenfeld Platz für 500-700 Wohnungen, was ca. 1500 Personen entsprechen würde.

Bis Mitte März hat nun die Bevölkerung Gelegenheit, sich zum Entwicklungsrichtplan zu äussern. Wir Grünen Riehen sind also gefordert, unsere Meinung zu diskutieren und unsere Forderungen zu formulieren.

Maja Kopp
Einwohnerin Riehen

Soziale Einheitskrankenkasse

Am 11. März wird über die Volksinitiative zur sozialen Einheitskrankenkasse abgestimmt. Wir Grünen haben die Initiative seit der Lancierung mitgetragen. An der Delegiertenversammlung der Grünen CH vom 27. Januar 2007 in Luzern wurde mit 107 gegen 10, bei 9 Enthaltungen deutlich die JA-Parole gefasst. Es gab aber vor der Parolenfassung auch einige kritische Voten gegen die Vorlage. Deshalb geben auch wir hier im Grünen Pfeffer zwei Sichtweisen wieder, um die verschiedenen Meinungen die es innerhalb der Grünen gibt wiederzugeben.

Die Initiative stellt zwei Forderungen. Zum einen sollen die bestehenden knapp 90 Schweizer Krankenkassen in der obligatorischen Grundversicherung zu einer Einheitskasse zusammen geschlossen werden, wobei sich der Verwaltungs- und der Aufsichtsrat mit jeweils der gleichen Anzahl Personen aus den Behörden, den Leistungserbringern und der Interessenvertretung der Versicherten zusammensetzen soll; zum anderen soll die Höhe der Prämien vom Einkommen und Vermögen der Versicherten abhängig gemacht werden.



Harald Friedl
Vizepräsident
Grüne BS



Christine Beckert
Vorstand
Grüne BS

Pro

Seit der Einführung des KVG im 1995 sind die steigenden Kosten im Gesundheitswesen weit oben auf den Traktandenlisten aller politischen Parteien. Dass es aber keine Patentrezepte gibt, haben unterdessen alle eingesehen. Auch die soziale Einheitskrankenkasse bringt nicht die Lösung für alle Probleme im Gesundheitswesen, jedoch räumt sie mit einigen Auswüchsen auf, die das jetzige System aufweist. So könnten enorme Etats eingespart werden, die von privaten Kassen darauf verwendet werden, um junge und gesunde Kunden zu werben. Auch die Kosten der Kassenwechsel fielen weg (ein alljährlicher Run von tausenden von Versicherten auf die jeweils billigste Kasse, um ein Jahr später festzustellen, dass sie wieder ins Mittelfeld abgesackt ist).

Die Gegnerschaft argumentiert gerne damit, dass mit der Einheitskasse ein „bürokratischer Moloch“ entstehe. Dass die jetzige Situation, in der Ärzte und Apotheken mit vielen verschiedenen Krankenkassen abrechnen müssen, viel schlanker ist muss bezweifelt werden. Und dass das Argument des Wettbewerbs überschätzt wird zeigt sich darin, dass bis jetzt keine Kasse durch grosse Innovation von sich reden gemacht hat. Die Kassen haben dadurch, dass sie alle den gleichen Katalog (KVG) anbieten müssen, keinen grossen Spielraum, sie können sich eigentlich nur durch die Zusammensetzung ihrer Versichertenstruktur, sprich Vermeidung von Risikogruppen und durch die Zusatzversicherungen Vorteile verschaffen.

Der jetzige Wettbewerb führt im Gegenteil zu Scheinlösungen wie die Ausdünnung des Leistungskatalogs durch Streichung der Komplementärmedizin, um dann diese in Zusatzversicherungen zu verpacken. Oberstes Ziel muss sein, eine Grundversorgung anzubieten, die sich alle leisten können. Dies wird mit der zweiten Forderung der Initiative, den einkommensabhängigen Prämien gewährleistet.

Durch die Annahme der Vorlage bilden wir eine starke, nicht gewinnorientierte Kasse, mit der neue Ansätze im Gesundheitswesen möglich sind, ohne dass mächtige Interessensvertreter Reformen behindern.

Harald Friedl

Contra

Was ist trotz sozialer Haltung gegen eine Einheitskasse einzuwenden? Ein Blick ins Argumentarium der Redaktionsgruppe der „Sozialen Medizin“ gibt Aufschluss. Während die Einheitskasse mit dem Hinweis auf das heutige, funktionierende System abgelehnt wird, bezeichnet die Gruppe die Kopfsteuer jedoch als unsozial.

Unter einer Einheitskasse stellt man sich einen „bürokratischen Moloch“ vor. Dass die Versicherten (das Volk) im Verwaltungs- und Aufsichtsrat angemessen vertreten werden können wird bezweifelt. Die heutige Kassenvielfalt bringt neben dem Wettbewerb auch die Wahlfreiheit bezüglich unterschiedlicher Leistungen. Einsparungen mit der Einheitskasse sind unrealistisch, abgesehen von entfallenden Werbekosten würden die Ausgaben gleich bleiben.

Die Redaktionsgruppe benennt aber auch Nachteile in der heutigen Situation. So gilt es, via den zuständigen Behörden selektive Mitgliederaufnahme und unfairer Behandlung kostenintensiver Versicherter Herr zu werden. Zudem muss der Risikoausgleich zwischen den Kassen geändert werden.

Den unterschiedlichen Einkommensverhältnissen soll innerhalb des bestehenden Systems Rechnung getragen werden: Abschaffung der Kinderprämien, Prämienersatz für einkommensschwache, Erhöhung kantonaler Beiträge und schliesslich die Einführung einer zahnmedizinischen Versicherung. Solche Überlegungen hätten vor der Lancierung der Initiative angestellt werden müssen. Die dringend notwendige Diskussion zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung fand nicht statt. Nun wird nicht nur das Scheitern eines „zu wenig durchdachten Schnellschusses“ befürchtet, sondern auch dessen Interpretation als Zustimmung zur jetzigen unsozialen Finanzierung und die Gefährdung des Kompromisses zwischen Bürgerlichen und Linken. Vor allem angesichts laufender Bestrebungen zur Reduktion des Leistungskatalogs. Eine Verwerfung der Initiative für eine Einheitskrankenkasse würde nicht unweigerlich das Aus für ein sozialeres Gesundheitssystem bedeuten, auch innerhalb der jetzigen Strukturen sind verschiedene Verbesserungen denkbar, für welche mit der Unterstützung breiter politischer Kreise zu rechnen ist.

Christine Beckert

Nein zur 5. IV-Revision



Maya Graf
Nationalrätin Grüne BL

Das Referendum gegen die 5. Revision der Invalidenversicherung ist mit mehr als 68'000 Unterschriften zustande gekommen. Das Komitee der Region Basel, wo auch viele Grüne aktiv waren, hat dazu mit 8'500 Unterschriften aktiv beigetragen.

Die vorliegende Revision der Invalidenversicherung (IV) ist eine Mogelpackung. Mit dem Slogan „Integration vor Rente“, den die Invalidenversicherung übrigens schon 40 Jahre trägt, hat die bürgerliche Mehrheit eine Revision durchgedrückt, die voll auf Kosten der Behinderten geht. Sie geht weder das Problem der zunehmenden psychischen Erkrankungen in einer stets leistungsorientierteren Arbeitswelt an, noch die enormen Schulden der Versicherung. Diese Revision erhöht einzig den Druck und das Misstrauen gegenüber kranken und behinderten Menschen.

Die 5. IV-Revision ist ein Sozialabbau für die Betroffenen, während die Verpflichtung für Arbeitgeber fehlt, Arbeitsplätze auch zur Verfügung zu stellen. Das Ziel dieser Revision, der Zugang zu einer Invalidenrente zu er-

schweren, wird zu einer Verlagerung auf die Sozialhilfe führen. So wird Integration zur Farce und von der bürgerlichen Mehrheit dazu missbraucht, nun drastisch bei dieser wichtigen Volksversicherung zu sparen. Das Nein zur vorliegenden Revision ist auch ein klares und unmissverständliches Nein zur weiteren Diffamierung und Entwürdigung von Menschen mit Behinderungen.

Es ist aber auch ein Nein, das den Weg zu einer fairen Lösung ebnet: die Zusatzfinanzierung und der Schuldenabbau müssen unverzüglich beschlossen werden. Alle unsere Sozialversicherungen müssen für echte Integrationshilfen endlich Hand in Hand arbeiten. Die Wirtschaft muss ihre Verantwortung mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen und Integrationsbemühungen übernehmen und den Betroffenen Behinderten sollte endlich mit einem Assistenzbudget mehr Selbstbestimmung übertragen werden.

Maya Graf
Nationalrätin Baselland

W E R B U N G

HOLINGER SOLAR WIRTSCHAFTS- UND VERBUNDLICHUNGSGES. AG
 4050 BLANCKENHOF Postfach 27 WIRTSCHAFTS- UND VERBUNDLICHUNGSGES. AG
 T 061 200 60 62 Handy 079 200 60 62 Regeneration für heute + morgen
 F 061 200 60 62 Info@holinger-solar.ch

Ob Sonne oder Regen
mit uns nutzen Sie das Wetter

solar.you.

Bevorzugen Sie auch Beton vor seltenen, wildlebenden Tierarten in Stadtnähe?



Stand der Bauarbeiten bei der Zollfreien. Photo Kristian Persohn

! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia !**News & Interna****!Kurz nach Redaktionsschluss!**

Das Grüne Bündnis (Grüne Baselstadt/ BastA!) hat an der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 30. Januar die Kandidatinnen und Kandidaten für die gemeinsame Nationalratsliste nominiert:

Für uns ins Rennen gehen **Anita Lachenmeier** und **Michael Wüthrich**. Die weiteren Nominierten sind Irene Amstutz, Sibel Arslan und Urs Müller (alle BastA!). Alle Kandidatinnen und Kandidaten werden im nächsten Pfeffer gebührend vorgestellt.

Dieses Jahr feiern wir das 20 - jährige Jubiläum der Grünen Partei Basel-Stadt. Dazu werden wir uns etwas einfallen lassen. Details folgen später auf unserer Homepage.

Parolen**Eidgenössische Abstimmung vom 11. März 2007:**

Ja zu einer sozialen Einheitskasse

Strafgerichtswahlen vom 11. März 2007:**Wählt Rita Altermatt zur Strafgerichtspräsidentin (50%)**

zusammen mit Eva Christ und Christian Hoenen von der SP (Liste unverändert einwerfen)

Landhof-Initiative:

Noch sind die 3000 Unterschriften nicht ganz erreicht. Sammelt weiter und sendet die Unterschriften so bald als möglich ans Sekretariat

Termine**1. Mai 07**

Grüner Stand auf dem Barfi. Wir freuen uns über Hilfe und Besuche !

5. Mai 07

Delegiertenversammlung der Grünen CH in Basel !

5. Mai 07

Ab 20 Uhr Grosses Wahlaufakt-Fest im Sudhaus. Alle sind herzlich willkommen !!!

Die aktuellsten Termine immer unter www.gruene.ch/bs

**Ich interessiere mich für die Grünen Basel-Stadt**

- **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.-- für Verdienende, 50.-- für Nichtverdienende
- **Ich will SympathisantIn werden!** Jahresbeitrag für alle Fr. 60.--
- **Ich möchte SpenderIn werden!** Vielen Dank.
- **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
Bestellen per Fax:
Bestellen per E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Postfach 1442, 4001 Basel
061/ 383 98 33
bs@gruene.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene.ch/bs

